

## Wahlprüfstein Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p><b>Krisenprävention</b></p> <p>Im Jahr 2017 wurden die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ verabschiedet. Wo sehen Sie die größten Herausforderungen in der Umsetzung und welche Schwerpunkte möchte ihre Partei zukünftig setzen?</p>	<p>Deutschland nimmt bei der internationalen Friedensförderung eine weltweite Führungsrolle ein und ist – auch aufgrund des Einsatzes der SPD - in den letzten Jahren immer wieder eingesprungen, um Krisenprävention und Konfliktbearbeitung zu stützen.</p> <p>Dennoch: Vor der Covid-19-Pandemie stand die multilaterale Friedens- und Sicherheitsarchitektur der Vereinten Nationen bereits unter Druck. Und er nimmt weiter zu. Friedensoperationen mussten wegen gekürzter Mittel beendet oder reduziert werden. Wir wollen das intensive Engagement Deutschlands mit den erforderlichen personellen und finanziellen Mitteln auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen bzw. weiter ausbauen, indem wir unter anderem das Zentrum für internationale Friedenseinsätze stärken. Die SPD sieht ganz klar die Notwendigkeit, den zivilen Friedensdienst weiter auszubauen.</p>
<p><b>Demokratieförderung</b></p> <p>Was sind für Ihre Partei in Bezug auf die weltweite Demokratieförderung die wichtigsten Ziele und mit welchen Instrumenten möchten Sie diese erreichen? Welche Rolle spielt für die Partei dabei ein Summit for Democracy?</p>	<p>Für die SPD ist die Unterstützung von Zivilgesellschaften ein wichtiges Ziel einer weltweiten Demokratieförderung – insbesondere in Ländern und Regionen, wo das Engagement von Organisationen oder Privatpersonen vor Ort behindert, unterdrückt oder verboten wird. Es gilt die Zunahme von „shrinking spaces“ zu verhindern. Die Demokratisierungshilfe mit aktiver Förderung politischer Prozesse im Konfliktumfeld ist dafür ein wichtiges politisches Gestaltungsinstrument. Dabei geht es</p>

	<p>u.a. um eine Unterstützung bei der Herstellung oder bei der Sicherung legitimer Staatsstrukturen. Staatliche Institutionen werden da ebenso in den Blick genommen wie Einrichtungen der Zivilgesellschaft. Beim Auf- und Ausbau demokratischer Strukturen sollen insbesondere neue, wiederhergestellte oder gefährdete Demokratien unterstützt werden.</p> <p>US-Präsident Biden hat mit dem „Summit for Democracy“ eine wichtige Initiative ins Leben gerufen, die dazu beitragen wird, weltweit Demokratien zu stärken. Wir unterstützen ihn darin, denn wir sehen seit Jahren, wie Demokratien weltweit zunehmend unter Druck geraten. Populisten vergiften das politische und gesellschaftliche Klima in immer mehr Ländern. Der Demokratiegipfel ermöglicht einen intensiven Austausch zwischen Politik und Zivilgesellschaft und bietet die Chance, in gemeinsamer Kraftanstrengung langfristig eine Stärkung der Demokratie zu erreichen.</p>
<p>Peacebuilding</p>	
<p>Welche Rolle sieht Ihre Partei für Deutschland, bi- und multilateral, in der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung? Zu welchen friedensfördernden Instrumenten greift Ihre Partei und welche regionalen Schwerpunkte setzt sie?</p>	<p>Deutschland mit seinen sozialdemokratischen Außenministern hat in den vergangenen Jahren bereits erfolgreich zur Entschärfung internationaler Krisen und der Vermittlung von Frieden beigetragen. Zur Prävention und Beilegung von Krisen und Konflikten setzen wir auf das Primat der Politik und auf Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung.</p> <p>Doch es besteht weiterhin ein dringender Handlungsbedarf, den Ausbau nationaler, europäischer und internationaler ziviler Kapazitäten und Instrumente mit höchster politischer</p>

	<p>Energie und den entsprechenden Ressourcen voranzutreiben. Nothilfe, humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit müssen auf allen Ebenen noch enger miteinander verschränkt werden.</p> <p>Neben dem Aufbau eines Teams von deutschen Friedensemissären, das sich weltweit in Friedensverhandlungen engagiert, halten wir auch an der Forderung nach einem europäischen zivilen Friedenskorp fest, um auf multilateraler Ebene Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung weiterzuentwickeln.</p>
Frauen, Frieden, Sicherheit	
<p>2021 hat die Bundesregierung den 3. Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 verabschiedet. Welche Rolle spielt die WPS-Agenda für Ihre Partei und wie wollen Sie sie umsetzen? Planen Sie die Entwicklung einer feministischen Außenpolitik für Deutschland?</p>	<p>Um Friedensprozesse nachhaltig zu gestalten, wollen wir sicherstellen, dass Frauen an Krisenprävention, Konfliktbeseitigung und Friedenskonsolidierung entsprechend beteiligt werden.</p> <p>Wer Frieden schaffen und fördern will und wer die Friedensprozesse nachhaltig gestalten will, muss die Belange und Interessen von Frauen und Mädchen bei entwicklungs-, friedens- und sicherheitspolitischen Maßnahmen kennen und bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen berücksichtigen. Ohne eine umfassende Geschlechterperspektive, wie auch der 3. Aktionsplan zu Frauen, Frieden und Sicherheit darlegt, bleiben Krisenprävention und die Bewältigung von Krisen unzureichend.</p> <p>Wir wollen die Kompetenzen von Frauen bei der Schaffung und Sicherung einer nachhaltigeren Friedenspolitik deutlich sichtbarer machen und ihre Potenziale bei der Verhinderung von gewaltsamen</p>

	<p>Konflikten nachhaltig stärken. Dazu gehört, dass die VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ wie auch die VN-Frauenrechtskonvention konsequent umgesetzt bzw. angewandt und – wenn nötig – weiterentwickelt werden müssen. Wir brauchen ein gendersensibles Frühwarnsystem und mehr genderorientierte Forschung zu Außen- und Friedenspolitik.</p>
Rüstungsexportkontrolle	
<p>Welche Ziele verfolgt Ihre Partei im Hinblick auf eine deutsche restriktive Rüstungsexportkontrollpolitik? Planen Sie die Entwicklung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes?</p>	<p>Die SPD setzt sich für eine restriktive Rüstungsexportpolitik ein. Wir unterstützen die Verabschiedung eines Rüstungsexportgesetzes, in dem wir festschreiben wollen, dass die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in Staaten außerhalb von EU-, NATO- und denen gleichgestellte Länder weiter eingeschränkt und absolute Ausnahmen nur im begründeten Ausnahmefall möglich sein werden – öffentlich nachvollziehbar dokumentiert. Wir wollen eine Genehmigungsdauer für Rüstungsexporte von maximal zwei Jahren einführen, damit die Bundesregierung auf veränderte außen- und sicherheitspolitische Bedingungen in den Empfängerländern besser reagieren kann.</p> <p>Auch mit unseren europäischen Partnern werden wir eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen. Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der NATO sind, ist eine Ratifizierung des multilateralen Vertrags über Waffenhandel (ATT) und dessen konsequente Umsetzung zwingende Voraussetzung für jede Form der Rüstungskooperation.</p>
Afrikapolitik	
<p>Welche Schwerpunkte setzt Ihre Partei in ihrer Afrika-Politik? Welche Rolle sieht Ihre</p>	<p>Für unsere außen- und entwicklungspolitische Zusammenarbeit</p>

Partei für Deutschland, bi- und multilateral, in der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in Afrika? Welche Strategie sollte die neue Bundesregierung mit Blick auf die Sahel-Region verfolgen?

mit den afrikanischen Staaten stellt die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) einen zentralen Referenzpunkt dar. Aus sozialdemokratischer Sicht sind neben der Bekämpfung von Hunger und Armut insbesondere SDG 4 (Hochwertige Bildung), SDG 8 (Gute Arbeitsplätze und Wirtschaftliches Wachstum), SDG 9 (Innovation und Infrastruktur) und SDG 10 (Reduzierte Ungleichheiten) für die nachhaltige wirtschaftliche Transformation des Kontinents entscheidend und somit Kernstücke unseres entwicklungspolitischen Engagements.

Eine vertiefte partnerschaftliche Zusammenarbeit bedeutet auch, sich an den selbstgesteckten Zielen des Partners zu orientieren und deren Umsetzung zu unterstützen. Mit der Agenda 2063 hat die Afrikanische Union ihre Vision eines integrierten, prosperierenden und friedlichen afrikanischen Kontinents benannt wie auch Prioritäten für Wachstum und Entwicklung festgelegt. Dies muss die Richtschnur der deutschen und europäischen Afrikapolitik bleiben.

Die Sahel-Region ist von zentraler Bedeutung für Afrika aber auch für Europa, denn zerfallende Staaten stellen ein hohes Sicherheitsrisiko nicht nur für die Bevölkerung vor Ort dar, sondern auch für die internationale Gemeinschaft. Wir wollen eine stärkere Kooperation mit den europäischen Partnern und eine Einbettung in die Außen- und Entwicklungspolitik der EU. Mit einer engeren Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union und der Westafrikanischen

	<p>Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) wollen wir die Nachhaltigkeit des europäischen Engagements verbessern und mehr Raum für eigenständige Lösungen vor Ort schaffen.</p>
<p>Russlandpolitik</p>	
<p>Welche Länder- und thematischen Schwerpunkte möchte Ihre Partei in der Außenpolitik in der Region Osteuropa setzen? Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland trotz zunehmender Einschränkungen durch die russische Seite weiterhin zu ermöglichen?</p>	<p>Deutschland und die Europäische Union haben ein großes Interesse an den Entwicklungen ihrer unmittelbaren Nachbarschaft im Osten. Die bestehenden politischen, gesellschaftlichen wie auch wirtschaftlichen Herausforderungen muss die EU durch eine konzeptionell neu ausgerichtete europäische Nachbarschaftspolitik angehen. Die Länder des Westbalkans wollen wir dabei weiter an die EU heranführen und integrieren. Für die östliche Partnerschaft verfolgen wir das Ziel einer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Annäherung dieser Länder an die EU wie auch die Beziehungen der Nachbarstaaten untereinander zu verbessern.</p> <p>Die Beziehungen Europas zu Russland sind immer wieder ernsten Rückschlägen ausgesetzt. Russland bricht dabei regelmäßig internationales Recht und belastet damit die Beziehungen zu seinen Nachbarn. Bei aller erforderlicher Kritik setzen wir auch bei Russland auf die Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit. Frieden in Europa kann es nicht gegen, sondern nur mit Russland geben. Es ist im deutschen und europäischen Interesse, wenn wir mit Russland in Fragen der gemeinsamen Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle wie auch bei Klima, Nachhaltigkeit, Energie und der Bekämpfung von Pandemien gemeinsame Fortschritte erzielen.</p>

	<p>Basierend auf den Werten und Prinzipien der OSZE verfolgen wir daher das Ziel einer neuen europäischen Ostpolitik, die den Fokus auf eine gemeinsame und kohärente EU-Politik gegenüber Russland legt. Eine konstruktive Dialogbereitschaft seitens Russlands ist Voraussetzung, um am Abbau von Spannungen zu arbeiten. Dazu zählt auch, dass der Weg zu einer friedlichen Lösung des Ukraine Konflikts und damit einhergehend die Beendigung der Sanktionen maßgeblich von der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen abhängt.</p> <p>Wertvoll in den Beziehungen zu Russland sind die zivilgesellschaftlichen Kontakte, die teils über viele Jahrzehnte gewachsen sind und die wir weiter fördern und ausbauen wollen, insbesondere im Jugendbereich. Das Interesse der Menschen aneinander ist weiterhin groß. Gerade in Zeiten von Spannungen spielen zivilgesellschaftliche Projekte zur Überbrückung von Differenzen eine umso wichtigere Rolle. Hierzu gilt es den Austausch von Studierenden, die Forschungszusammenarbeit, die Arbeit von Kulturmittlern, im Rahmen von Städtepartnerschaften, die Kriegsgräberfürsorge und andere zivilgesellschaftliche Projekte weiterhin zu fördern und zu stärken. Erleichtert und befördert würden die bilateralen Kontakte durch Visaerleichterungen besonders für den Austausch junger Menschen.</p>
Friedens- und Konfliktforschung	
Welche Rolle spielen Forschungsergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung für die Positionen Ihrer Partei und welche konkreten und nachhaltigen Maßnahmen zur Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung schlägt Ihre Partei vor?	Die Politik benötigt den direkten Austausch mit Expertinnen und Experten – und zwar gerade zu den strittigen Themen. Gerade bei den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen wie den

Auswirkungen neuer Technologien wie KI, Weltraumsicherheit, oder Klima und Sicherheit stehen wir in vielen Fällen der Bearbeitung in EU, NATO und VN noch am Anfang und müssen unsere Analysefähigkeit weiter schärfen. Das fordert die Politik, auch die SPD, und die Forschung gleichermaßen heraus, denn nur wer die Herausforderungen der politischen Praxis kennt, kann hilfreiche wissenschaftliche fundierte Anregungen einspeisen. Die Außen- und Sicherheitspolitik kann komplexe und sich stetig wandelnde Entwicklungen und Problemlagen in der Welt und zu Hause nicht nur in der eigenen Echokammer besprechen.

Eine anhaltende Herausforderung in der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik ist es, die politischen und wissenschaftlichen Prozesse und Arbeitsweisen zusammenzubringen. Die Politik braucht tagesaktuelle und zugespitzte Analysen und muss bei ihren Entscheidungen unterschiedliche politische und gesellschaftliche Interessen berücksichtigen. Uns ist allerdings auch bewusst, dass die Wissenschaft Unabhängigkeit, Zeit und eine kritische Distanz braucht, um zu neuen Erkenntnissen in der Friedens- und Sicherheitsforschung zu gelangen. Wir werden sicherstellen, dass die finanzielle Unterstützung der Forschungseinrichtungen fortgesetzt wird, so dass eine unabhängige Forschung weiterhin möglich ist.